

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 866 im Vereinsregister Zwickau, Spendenkonto 3850516325, BLZ 870 560 00, Kreissparkasse Aue,

Ulrich Wieland
Prof. Virchowstr. 8
08280 Aue
Tel. 0371/832 172

13. November 1995

Sehr verehrte Freunde und Mitglieder des Netzwerkes,

in neuem Outfit (so könnte unser Kopfbogen zukünftig aussehen) möchte ich Ihnen im Auftrag von Pfarrer Baumann das Protokoll unserer Sitzung am 3.11. in Zwickau schicken. Gleichzeitig soll dies nochmals eine Erinnerung für den Workshop am kommenden

Samstag, den 18.11.95, 10.00 Uhr, Breitscheidstr. 2,

sein. Leider haben sich bisher erst 2 Leute von unserem Netzwerk angemeldet, es wäre sehr bedauerlich, wenn die seltene Gelegenheit, unsere Probleme und Beschwerden direkt vors Oberbergamt und vor die Ministerien zu bringen, wegen fehlender Resonanz kläglich scheitert. Bei Rückfragen können Sie mich unter der o.g. Telefonnr. erreichen.

Protokoll der Sitzung vom 3.11.

- Zum ersten Mal sind Mitglieder der seit etwa 2 Jahren arbeitenden Bürgerinitiative in Burgstädt bei uns. Frau Kaden berichtet über den Stand des Vorhabens Windberg bei Burgstädt, z. Zt. wird das Planfeststellungsverfahren erwartet. Hinweise und Diskussion, was getan werden kann.
- Herr Herbach berichtet von Versuchen der wirtschaftlichen Erpressung wegen seiner Weigerung, Privatland an den Betreiber des Steinbruches Etzdorf zu verkaufen.
- Pfarrer Baumann berichte vom Echo einer brieflichen Anfrage bei verschiedenen Verbänden wegen Unterstützung Betroffener. Folgende Verbände haben geantwortet und Unterstützung (juristisch bzw. allg.) angeboten:
 - ♦ LANDBUND (Verband der privaten Bauernverbände Ostdeutschlands), das Schreiben ging den Netzwerkmitgliedern bereits zu, Anfragen von Landwirten über Pfr. Baumann.
 - ♦ VBHG (Verband bergbaugeschädigter Haus- und Grundeigentümer e.V.), das Schreiben lag ebenfalls der vorigen Einladung bei. (Ansprechpartner Verbandsdirektor Schürken, Hauptgeschäftsstelle Resser Weg 14, 45699 Herten, Tel. 02366-80900).
 - ♦ Deutscher Bauernverband verweist auf den Sächs. Landbauernverband zur Mithilfe. (Ansprechpartner beim Deutschen Bauernverband Dr. Born, Josephstr. 28, 04177 Leipzig, Tel. 0341-4802433)
 - ♦ Sächsischer Landbauernverband, (Ansprechpartner Herr Rühle, Geschäftsstelle Leipzig, Heilenstr. 26a, 04279 Leipzig, Tel. 0341-312556 od. 311451)
- Die Landeskirche hat sich nun auch offiziell in die Diskussion um das Bergrecht eingeschaltet, nachdem in Mittweida (Pfr. Dr. Körner) Kirchenland enteignet ("abgetreten") werden soll.
- Der Fernsehbeitrag des MDR in der "Umschau" hat offenbar einigen Staub aufgewirbelt. Es gibt halboffizielle Äußerungen aus dem Wirtschaftsministerium, daß man in Zukunft mit Grundabtretungen (= Enteignungen) sehr vorsichtig sein wird. Näheres dazu von Pfr. Baumann.
- Frau Nikolaus(MdL) hat an den umweltpolitischen Sprecher der CDU im sächs. Landtag geschrieben und eine kleine Anfrage zu Grundabtretungsverfahren in Sachsen gestellt. Antwort wird dann an die Mitglieder verschickt.
- Frau Klein(MdL) hat Informationen zu Möglichkeiten des Widerspruchs gegen Grundabtretungsbeschlüsse. So bestünde nicht nur die Möglichkeit, gegen den Beschluß an sich Widerspruch beim Verwaltungsgericht zu stellen, sondern gegen die Höhe des Beschlusses beim Landgericht. Näheres unter Tel. 03771/551628.
- Pfarrer Baumann berichtet über einen Fragenkatalog des Bundestages, den er und Pfr. Dr. Körner zur Vorbereitung einer Öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses erhielten. Er liegt diesem Schreiben bei. Es wird beschlossen, Kopien an den Landtag zu schicken (nach Rücksprache mit Bonn und Frau Nicolaus an den Landtagspräsidenten), um von der sächs. Regierung Auskunft über die Fragen zu verlangen, die wir selbst nicht beantworten können. Pfr. Baumann hat dieses Schreiben inzwischen an Herrn Iltgen geschickt mit der Bitte, daß eine Stellungnahme des Landtags insbesondere zu Fragen statistischer Art nach Bonn geschickt wird.

Vorsitzender: Pfarrer H.-W. Baumann

Schulweg 2

08107 Hartmannsdorf, Tel. 037602/6068

- Da eine Antwort bis ca. 21.11. schriftlich in Bonn sein soll, wird beschlossen, im Anschluß an den Workshop am 18.11. die Antwort des Netzwerkes vorzubereiten.
- Außerdem wurden die jeweils von den Fraktionen des Bundestages vorgelegten Anträge zur Vereinheitlichung des deutschen Bergrechts beigelegt. Für Interessenten können sie bei Pfr. Baumann oder Herrn Wieland abgefordert werden, von einem allgemeinen Versand wird aus ökologischen und finanziellen Gründen abgesehen. Hier eine kurze Inhaltsübersicht ohne Wertung:
 - Der CDU/CSU/FDP-Entwurf sieht lediglich eine Zuordnung der bisher bergfreien "hochwertigen Steine und Erden" zu den grundeigenen laut Berggesetz vor und fordert die Bundesregierung auf, diese Zuordnung ggf. umgehend mittels Rechtsverordnung zu regeln. Stichtag für Bestandsschutz sollte der 1.3.95 sein.
 - Der SPD-Antrag verlangt die Beseitigung der Unterschiede zwischen Ost- und West-Bergrecht, die Beteiligung der betroffenen Kommunen an der Entscheidung über Rohstoffabbau, Schwellenwerte für Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) 10 ha oder mehr als 3000 Tagestonnen. Es wird übrigens auf einen Beschluß des sächs. Landtages vom 15. Oktober 93 verwiesen, nach dem die Beteiligung der Gemeinden bei der Erteilung von Erlaubnissen und Bewilligungen in jedem Fall sichergestellt sei.
 - Bündnis 90/Die Grünen beantragen eine umfassende Novellierung des derzeitigen Bergrechts mit dem Ziel, das Verhältnis zum Umweltrecht zu verbessern und die Beteiligungsrechte von Kommunen, der Öffentlichkeit und der Naturschutzverbände zu verbessern. Außerdem sollen für Betriebspläne prinzipiell UVP durchgeführt werden und in den Neuen Ländern die bergfreien in grundeigene Bodenschätze umgewandelt werden.
 - Die Gruppe der PDS fordert die Regierung auf, unter Hinweis auf eine Liste von Kriterien einen Gesetzentwurf zur umfassenden Novellierung des Berggesetzes vorzulegen. In diesem Entwurf finden sich außer den Punkten von SPD und B90/Gr. auch eine Reihe konkreter Forderungen wie: Begrenzung der Gewinnungsdauer auf 15 Jahre, Finanzielle Absicherung der Wiederurbarmachung, übergreifendes Planfeststellungsverfahren bei mehreren Steinbrüchen in unmittelbarer Nähe, Vorrang für Naherholungs- u. Tourismusgebiete, Beteiligung betroffener Kommunen als Einvernehmensregelung, Grundabtretung gegen den Willen des Eigentümers nur über Enteignungsverfahren.
- Herr Wieland bittet um Diskussion über den Inhalt des Statements, daß er für das Netzwerk am 18.11. halten wird. Es wird im wesentlichen auf den Problemerkatalog vom 3.7.95 verwiesen. Frau Roth(MdL) schlägt vor, die Transparenz der Entscheidungsprozesse im Oberbergamt über das Umweltinformationsrecht einzufordern.

Der "Informationsdienst UmweltRecht" (IDUR) beschäftigt zwei Juristinnen zu Fragen des Bergrechts. Herr Wieland hat darum gebeten, an die Netzwerkmitglieder eine sehr gut gelungene Broschüre über juristische Fragen des Bergrechts zu versenden. Wenn alles klappt, wird sie demnächst zugehen. Wenn wir Mitglied im IDUR werden (wäre z.B. über Mitgliedschaft in einem der Naturschutzverbände möglich), haben wir direkten Zugriff auf kompetente juristische Beratung. Mehr dazu auf Wunsch bei Herrn Wieland. Zu unserer nächsten Sitzung am 18.11. im Anschluß an den Workshop sollen außerdem folgende Themen besprochen werden:

- Weiß jemand von Steinbrüchen, für die Fördermittel des Landes ausgereicht wurden?
- Für die Autorisierung von Stellungnahmen in Planfeststellungsverfahren sollte das Netzwerk sich einem der vier Naturschutzverbände in Sachsen anschließen. Hierzu liegt ein Angebot der Grünen Liga vor. Beschlußfassung sollte bald erfolgen.
- Festlegung von Terminen fürs nächste halbe Jahr.
- Schaffung einer ABM-Stelle fürs Netzwerk (evtl. in Aue)? Wer kennt jemanden, der geeignet wäre?

Außer dem Fragenkatalog des Bundestages liegt dem Schreiben eine Beitrittserklärung bei. Wir bitten Sie herzlich um Überprüfung, ob Sie für die gemeinsame Sache auch finanziell einen Beitrag leisten können. Zur Zeit verschicken wir alle Materialien an über hundert Interessenten, zukünftig werden wir dies wohl nur noch schaffen, wenn sich mehr Leute verbindlich daran beteiligen (bis jetzt haben davon erst 18 eine Beitrittserklärung unterschrieben). Bitte denken Sie auch an die Überweisung Ihrer Beiträge, es haben bis jetzt nur 6 Mitglieder für 1995 bezahlt, wir sind dringend darauf angewiesen.

Mit herzlichen Grüßen


Ihr Ulrich Wieland